

Zentralschweizer CVP-Kantonalparteien

09. Dezember 2009  
Gemeinsame Stellungnahme zum Lehrplan 21

## **Die Zentralschweizer CVP-Kantonalparteien trafen sich vor einigen Tagen in Luzern zur einmal jährlich stattfindenden Konferenz. Lesen Sie die Stellungnahme.**

Am 21. Mai 2006 hat die Schweizer Bevölkerung mit grosser Mehrheit - es waren 85 Prozent Ja-Stimmen - einem neuen Artikel in der Bundesverfassung zugestimmt, der die Harmonisierung des Schulwesens verlangt. Die Kantone sind seither verpflichtet, auf dem Konkordatsweg eine Harmonisierung des Schulwesens in wichtigen Eckwerten zu regeln. Ansonsten erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften. **Die Zentralschweizer CVP-Kantonalparteien halten daran fest, dass eine Harmonisierung der Bildungsinhalte innerhalb der Deutschschweizer Kantone zu fördern ist.**

Hingegen gilt es zu akzeptieren, dass das HarmoS-Konkordat bisher in keinem Zentralschweizer Kanton eine Volksmehrheit gefunden hat. In den Kantonen Luzern, Nidwalden und Uri wurde das Konkordat in Volksabstimmungen deutlich, im Kanton Zug knapp abgelehnt. Im Kanton Obwalden wurde das Beitrittsverfahren sistiert, im Kanton Schwyz gelangte das Konkordat nicht zur Volksabstimmung.

Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) wird aufgefordert, diese Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und bei der weiterführenden Arbeit am Lehrplan 21 zwingend zu berücksichtigen. Die Zentralschweizer CVP-Kantonalparteien lehnen es ab, dass mit dem Lehrplan 21 „durch die Hintertür“ ein elftes Schuljahr eingeführt oder das Kindergarteneintrittsalter vorgezogen wird. Die CVP-Kantonalparteien formulieren daher gemeinsame zwei Forderungen:

- 1. Der Lehrplan muss in 10 Jahren durchlaufen werden können.**
- 2. Der Lehrplan darf die Organisationsform der Volksschule nicht vorwegnehmen. Der Lehrplan muss strukturunabhängig umgesetzt werden können.**

In den Vernehmlassungsunterlagen zum Lehrplan 21 wird die obligatorische Kindergarten- und Schulzeit in drei Zyklen eingeteilt. Der erste Zyklus soll zwei Kindergarten- und zwei Schuljahre umfassen. Die Zentralschweizer CVP-Kantonalparteien fordern, dass der erste Zyklus von einem normal begabten Kind im Regelfall in drei Jahren durchlaufen werden kann. Die Parteien wollen nicht, dass über den Lehrplan 21 faktisch der Zwang zu einem zusätzlichen obligatorischen Kindergartenjahr eingeführt wird.